

Pazifik

INFORMATIONENSTELLE

Pazifik-Informationsstelle, Hauptstr. 2, 91564 Neundettelsau.

Telefon: 09874/91220. Info@Pazifik-Infostelle.org. www.pazifik-infostelle.org.

Dossier Nr. 100

Die Bedeutung der Pazifischen AKP-Staaten für die Europäische Union



Autor: Oliver **Hasenkamp**, Berlin

Erscheinungsdatum: April 2014

Dossier ISSN 2198-6967

Die Pazifik-Informationsstelle wird getragen vom Pazifik-Netzwerk e.V.; Mission EineWelt - Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evang.-Luth. Kirche in Bayern; dem Evangelischen Missionswerk in Deutschland; dem Evang.-Luth. Missionswerk Leipzig; dem Zentrum für Mission und Ökumene - Nordkirche weltweit und MISSIO München.



Anmerkung der Redaktion:

Das hier vorliegende Dossier enthält eine Hausarbeit, welche vom Autor im Wintersemester 2011/2012 im Rahmen des Masterstudiengangs Politikwissenschaft der Universität Potsdam im Seminar „Entwicklung, Handel, Zusammenarbeit: Die EU-Außenpolitik gegenüber den AKP-Staaten“ am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin abgegeben wurde.

Zum Autor:

Oliver Hasenkamp hat Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, der Universität Potsdam und der University of Auckland in Neuseeland studiert. Er hat sich in seinem Studium insbesondere mit regionaler Zusammenarbeit in Ozeanien und mit den Einflussmöglichkeiten der pazifischen Inselstaaten in der internationalen Politik befasst. Derzeit arbeitet er für die Königlich Thailändische Botschaft in Deutschland. Seit 2012 ist er Mitglied im Vorstand des Pazifik-Netzwerk e.V. Außerdem ist er seit 2011 Mitglied im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.

Das **Urheberrecht** des Textes liegt beim Autor.

Redaktion: Steffi Kornder, Pazifik-Informationsstelle, Neuendettelsau, 2014.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	S. 4
1.1 Begrifflichkeiten	S. 5
2. Die Pazifischen AKP-Staaten	S. 6
2.1 Europäische Kolonialgeschichte	S. 7
2.2 Papua-Neuguinea	S. 8
2.3 Fidschi	S. 8
3. Das EU-Pazifik-Strategiepapier	S. 9
4. Dimensionen der Bedeutung der pazifischen AKP-Staaten für die EU	
4.1 Besuch von José Manuel Barroso beim Pacific Islands Forum	S. 10
4.2 EPA-Verhandlungen	S. 11
4.3 Fidschi: Das Pacific Islands Forum & die EU	S. 11
5. Ursachen für die Bedeutung des Pazifiks & Europäische Interessen	
5.1 Der Pazifik „ist“ Europa	S. 12
5.2 Die Macht des Stimmgewichts	S. 14
5.3 Steigende globale Bedeutung Ozeaniens	S. 16
5.3.1 Die Beziehung zu anderen Akteuren im Pazifik	S. 16
5.3.2 Asiatische Akteure im Pazifik	S. 17
5.3.3 Fidschis Bewerbung für den UN-Sicherheitsrat	S. 18
5.4 Wirtschaftliche Gründe	S. 18
5.4.1 Fischerei & Meeresressourcen	S. 19
5.5 Image	S. 20
5.5.1 Klimawandel & Umweltschutz	S. 21
5.6 Profilierung für die EU	S. 21
6. Fazit	S. 23
7. Literaturverzeichnis	S. 25

1. Einleitung

Die pazifischen Inselstaaten gehören nicht nur zu den geografisch am weitesten von der Europäischen Union entfernten Staaten, sondern spielen in der europäischen Öffentlichkeit und Medienlandschaft eine untergeordnete Rolle. Die generelle Wahrnehmung der 15 unabhängigen Inselstaaten der Region, auf welchen weniger als 10 Millionen Menschen leben, sieht die Staaten ebenso wie Ozeanien insgesamt als politisch und wirtschaftlich unbedeutend. So nimmt die Region auch in der Wahrnehmung der Politik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten eine nachgeordnete Stellung ein. Selbst innerhalb der Gruppe der AKP-Staaten – der Staaten Afrikas (A), der Karibik (K) und des Pazifiks (P), welche, überwiegend auf kolonialzeitlichen Zugehörigkeiten aufbauend, besondere Beziehungen zur Europäischen Union unterhalten – nimmt der Pazifik zumindest auf den ersten Blick eine insbesondere gegenüber den afrikanischen Staaten zweitrangige Rolle ein.

Doch warum besucht EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso dann zum Höhepunkt der europäischen Debatte über die Finanzkrise in Europa die Feierlichkeiten zum 40-jährigen Jubiläum des *Pacific Islands Forum* (PIF), der bedeutendsten regionalen Organisation Ozeaniens? Warum unterhält die Europäische Union seit Jahrzehnten eine enge Zusammenarbeit mit dieser und zahlreichen weiteren Organisationen, ist nach wie vor zweitgrößter Geldgeber für die pazifischen Staaten und bemüht sich weiterhin um die Unterzeichnung von *Economic Partnership Agreements* (EPAs) mit den Inselstaaten? Ohne Frage greift die simple Wahrnehmung der pazifischen Inselstaaten als unbedeutend für die Europäische Union zu kurz. Sie verkennt zum einen die seit über 30 Jahren andauernde, gerade im Rahmen der AKP-Zusammenarbeit enge Kooperation zwischen Europa und den unabhängigen Staaten Ozeaniens. Zum anderen übersieht sie ebenso die aktuellen, regional wie weltpolitischen Interessen der Europäischen Union und einzelner europäischer Staaten in der Pazifik-Region. Die Europäische Union stellt in einer Bestandsaufnahme der Entwicklung der bisherigen Beziehungen im Anhang ihres Strategiepapiers für die pazifischen AKP-Staaten zu Recht das doppelseitige Problem fest, dass sowohl die Aktivitäten der Europäischen Union im Pazifik als auch die Rolle des Pazifiks für Europa unter einer begrenzten Sichtbarkeit zu leiden scheinen (EU 2006: 28). Während Ozeanien auf Grund seiner großen Entfernung von Europa und seiner geringen Einwohnerzahl im öffentlichen europäischen Diskurs – politisch wie gesellschaftlich – sowie von den Medien nahezu völlig ignoriert wird, leidet auch die EU darunter, dass das eigene Engagement in der Region im Ver-

gleich zu anderen internationalen Akteuren eher unterzugehen scheint (siehe EU 2006: 28).

Wo also liegen Potenziale für eine noch stärkere und sichtbarere Zusammenarbeit und durch welche Interessen der Europäischen Union in der Pazifik-Region lassen sich diese rechtfertigen? Im Strategiepapier der Europäischen Union für den Pazifik-Raum aus dem Jahr 2006, welches später ausführlicher vorgestellt wird, heißt es, dass das langjährige Verhältnis zwischen der Europäischen Union und dem Pazifik auf „(...) einer gemeinsamen Geschichte, gemeinsamen Werten und Wirtschafts- und Handelskooperation (...)“ beruht (EU 2006: 2). Diese Arbeit versucht die Bedeutung des Pazifiks für die Europäische Union kritisch zu beleuchten und so, mit Blick auf bereits existierende Zusammenarbeit als auch ungenutzte Potenziale, die Frage zu beantworten, warum die Pazifischen AKP-Staaten trotz oft gegenteiliger Wahrnehmung von großer Bedeutung für die Europäische Union sind. Zu diesem Zweck werden sowohl das Strategiepapier der Europäischen Union für den Pazifik-Raum sowie Beispiele aktueller Zusammenarbeit kurz betrachtet. Zusätzlich werden normative Gründe für eine steigende Bedeutung der Region für die Europäische Union in Zukunft und potenzielle, noch ungenutzte Möglichkeiten der Zusammenarbeit untersucht und aufgezeigt.

1.1 Begrifflichkeiten

Die Europäische Union spricht in der Regel von den sogenannten „pazifischen AKP-Staaten“ (oder im Englischen: *Pacific ACP states*). In Anlehnung an die englischen Bezeichnungen „Pacific Islands States“ und „Pacific Islands Region“ wird auch im Deutschen inzwischen von pazifischen Inselstaaten und der pazifischen Inselregion gesprochen. Der historisch geläufigere Begriff für die Region ist im Deutschen „Ozeanien“, welcher in seiner englischen Version „Oceania“ in den vergangenen Jahren innerhalb der Region selbst zunehmend an Popularität gewonnen hat. Diese Arbeit benutzt die verschiedenen Bezeichnungen gleichbedeutend.

In der Ethnologie wird Ozeanien meist in die Subregionen „Melanesien“, „Polynesien“ und „Mikronesien“ eingeteilt. „Melanesien“ bezeichnet die flächenmäßig vergleichsweise großen Inseln im Westen Ozeaniens, darunter Papua-Neuguinea, Vanuatu, die Salomonen, das französische Gebiet Neukaledonien (Kanaky) und in den meisten Fällen Fidschi. Während „Mikronesien“ die nördlicheren Staaten Palau, Nauru, (die Förderierten Staaten von) Mikronesien (FSM) sowie Kiribati einschließt, bezieht sich „Polynesien“ insbesondere auf Samoa, Tonga, Tuvalu, Niue, die Cookinseln, Teile Fidschis, die französischen Gebiete Wallis & Futuna sowie Französisch-Polynesien und zieht auch

die indigenen Bevölkerungen Neuseelands und Hawai'is mit ein. Timor-Leste wird klassischerweise nicht der Gruppe der pazifischen Inselstaaten zugerechnet, auch wenn der Staat inzwischen Beobachterstatus beim Pacific Islands Forum besitzt.

„Oceania is vast, Oceania is expanding, Oceania is hospitable and generous, Oceania is humanity rising from the depths of brine and regions of fire deeper still, Oceania is us. We are the sea, we are the ocean [...].“

• *Epeli Hau'ofa* •

2. Die pazifischen AKP-Staaten

Zur Gruppe der pazifischen AKP-Staaten gehören inzwischen 15 Staaten. Dabei handelt es sich um die Cookinseln, Fidschi, Kiribati, die Marshallinseln, (die Föderierten Staaten von) Mikronesien (FSM), Nauru, Niue, Palau, Papua-Neuguinea, Samoa, die Salomonen, Tonga, Tuvalu, Vanuatu und Osttimor. Mit Ausnahme der Cookinseln und Niues, welche sich außenpolitisch teilweise von Neuseeland vertreten lassen, sind alle pazifischen AKP-Staaten Mitglied der Vereinten Nationen (Sage 2008: 127ff.; Graham 2008: 32; Crocombe 2008: 610). Trotz ihres freiwilligen Assoziierungsabkommens mit Neuseeland besitzen jedoch auch die Cookinseln und Niue vollständige formale Unabhängigkeit. Sie treten als eigenständige Akteure in regionaler Politik auf, gehören einigen internationalen Organisationen, wie der Weltgesundheitsorganisation, und Abkommen, wie der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, an und sie unterhalten bilaterale Beziehungen zu europäischen Staaten, darunter auch Deutschland (Sage 2008: 127; New Zealand Ministry of Foreign Affairs and Trade 2005; Dommen 1985: 7, 8). Die jüngsten pazifischen AKP-Staaten sind Palau, Mikronesien, die Marshallinseln, Nauru und die Cookinseln, die in Folge des Cotonou-Abkommens Teil der AKP-Gruppe wurden (EU 2007: 40f.). Osttimor ratifizierte das Abkommen 2005, nachdem es bereits 2003 als neues Mitglied der AKP-Gruppe akzeptiert worden war (EU 2007: 107f.; EU 2006: 2). Von den weniger als 10 Millionen Einwohnern, die in den pazifischen AKP-Staaten leben, wohnen etwa die Hälfte auf Papua-Neuguinea, welches mit Abstand auch die größte Landmasse besitzt. Auf die besondere Rolle Papua-Neuguineas wird, ebenso wie auf die besondere Rolle Fidschis, später in diesem Kapitel eingegangen. Die Einwohnerzahlen der übrigen pazifischen AKP-Staaten variieren zwischen 1.500 (Niue) und 850.000 (Fidschi) Einwohnern.

2.1 Europäische Kolonialgeschichte

Ein Großteil der heute unabhängigen Staaten des Pazifiks blickt auf eine Kolonialgeschichte mit Europa zurück. Der folgende Abschnitt gibt einen kurzen und vereinfachten Überblick über die kolonialen Aktivitäten europäischer Staaten in Ozeanien. Insgesamt sind mit Großbritannien, Frankreich, Spanien, Deutschland, den Niederlanden und Portugal sechs europäische Staaten im Pazifik als Kolonialmächte aktiv gewesen bzw. sind es bis heute. Neben den europäischen Staaten waren insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika, welche bis heute Überseegebiete im Pazifik besitzen (z.B. Amerikanisch-Samoa oder Guam), und Japan als Kolonialmächte in Ozeanien aktiv.

Großbritannien hatte als wichtigste Kolonialmacht im Pazifik insbesondere in Fidschi, auf den heutigen Salomonen, in Tuvalu und Kiribati (damals gemeinsam verwaltet als „Gilbert- & Ellice-Inseln“) sowie in Teilen Papua-Neuguineas großen Einfluss (Hiery 2009: 41f.). Es unterhält über das *Commonwealth of Nations* bis heute enge Beziehungen zu seinen früheren Kolonien. Außerdem unterhielt der Staat enge Verbindungen zu dem formal nie vollständig abhängigen Tonga, nahm über Neuseeland Einfluss auf Niue und verwaltete gemeinsam mit Frankreich das heutige Vanuatu (Mückler 2012: 137, 158; Hiery 2009: 50f.). Neben der gemeinsamen Administration Vanuatus mit Großbritannien konzentrierten sich *Frankreichs* Aktivitäten im Pazifik auf die heute immer noch abhängigen Gebiete Neukaledonien (Kanaky), Wallis & Futuna und das über eine große Meeresfläche verteilte Französisch-Polynesien (Mückler 2012: 147ff.; Hiery 2009: 42ff.). *Deutschland* besaß bis zum ersten Weltkrieg, nach welchem seine früheren Kolonien teilweise unter britische und neuseeländische Verwaltung fielen und als Sonderterritorien dem Völkerbund unterstellt wurden, ebenfalls mehrere pazifische Kolonien. Dazu zählten Samoa, weite Teile Papua-Neuguineas, Teile der heutigen Salomonen sowie zahlreiche Inseln Mikronesiens, darunter Nauru und die Marshallinseln (Mückler 2012: 167ff.; Hiery 2009: 51ff.). In weiten Teilen Mikronesiens, darunter auch Palau, konkurrierte Deutschland insbesondere mit *Spanien*, welches als erster europäischer Staat Kolonien in Ozeanien gründete (Mückler 2012: 103ff.; Hiery 2009: 33ff.). Während Portugal seine Aktivitäten auf das heutige Osttimor beschränkte, waren auch die *Niederlande*, die sich kolonialpolitisch auf Indonesien konzentrierten, in Teilen Papua-Neuguineas aktiv (Europäische Union 2007: 105; Mückler 2012: 26ff.).

2.2 Papua-Neuguinea

Innerhalb der Gruppe der pazifischen AKP-Staaten nimmt Papua-Neuguinea eine hervorgehobene Stellung ein. Mit einer Einwohnerzahl von etwa 6 Millionen lebt mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung der pazifischen AKP-Staaten in Papua-Neuguinea. Auch die vergleichsweise große Landmasse unterscheidet den Staat von seinen Nachbarn. Durch seine extreme Größe nimmt Papua-Neuguinea auch eine herausgehobene wirtschaftliche Stellung ein und ist oft nur schwer mit den kleineren Inselstaaten vergleichbar. Papua-Neuguinea betreibt in großem Maße Bergbau und beheimatet eine große Anzahl an tropischen Regenwäldern (siehe Gelu 2009; EU 2007: 93ff.; Statistisches Bundesamt 1996: 29f., 47ff.). Anders als die meisten anderen Pazifik-Staaten besitzt es reiche Bodenschätze, darunter Gold, Kupfer, Silber und Erdöl (Statistisches Bundesamt 1996: 30, 47ff.). So ist auch zu unterstreichen, dass Papua-Neuguinea als bisher einziger Staat Ozeaniens neben Fidschi ein vorübergehendes *Economic Partnership Agreement* (EPA) mit der Europäischen Union unterzeichnet hat (EU 2009; European Centre for Development Policy Management 2009: 3).

2.3 Fidschi

Die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit Fidschi ruht seit 2009 in zahlreichen wichtigen Feldern aufgrund eines Militärputsches in dem Land im Jahr 2006. Nachdem das Pacific Islands Forum Fidschi 2009 suspendiert hat, als der Staat ein Ultimatum zur Abhaltung demokratischer Wahlen hat verstreichen lassen, ist auch die Europäische Union mit Sanktionen nachgezogen (Pacific Islands Forum Secretariat 2009; Europäische Union 2010: 10ff.11). Ausgenommen von der Suspendierung der Zusammenarbeit sind humanitäre Hilfe und direkte Unterstützung der Zivilgesellschaft, Hilfe bei der Rückkehr zur Demokratie sowie Zusammenarbeit in einigen Wirtschaftsbereichen unter bestimmten Bedingungen, welche von Fidschi noch nicht erfüllt worden sind (Europäische Union 2010: 12; siehe auch Firth/ Fraenkel 2009: 14).

Dennoch ist Fidschi auch heute noch von besonderer Bedeutung für die Europäische Union und ihre Interessen in der Region. Dies liegt einerseits daran, dass Fidschi neben Papua-Neuguinea der einzige Staat in der Region ist, welcher ein Interim- mit der EU geschlossen hat (EU 2009; Centre for Development Policy Management 2009: 3). Zum anderen liegt es an der trotz der Suspendierung aus dem Pacific Islands Forum anhaltenden wichtigen Bedeutung Fidschis für die anderen pazifischen AKP-Staaten. Es hat aufgrund der geografischen Lage im Zentrum der Region, am Schnittpunkt der wichtigen kulturellen Subregionen sowie dank seiner relativ großen Bevölkerungszahl

und der vergleichsweise stark ausgebauten regionalen Infrastruktur stets eine besondere Rolle im Pazifik-Raum gespielt (Tarte 1985; Crocombe 2008: 577ff.; Waibel/Wolf 2010: 44, 49; Mückler 2008: 268; siehe auch Statistisches Bundesamt 1996: 27f.). So befinden sich auf Fidschi nach wie vor das Sekretariat des Pacific Islands Forum, internationale Botschaften und UN-Vertretungen mit Zuständigkeit für die gesamte Region. Zusätzlich liegt der Hauptcampus der von mehreren Inselstaaten gemeinsam getragenen *University of the South Pacific* in der fidschianischen Hauptstadt Suva (Crocombe 2008: 577ff.; Barnett/Campbell 2010: 158). Auch die für den Pazifik zuständige Vertretung der Europäischen Kommission ist nach wie vor auf Fidschi angesiedelt.

3. Das EU-Pazifik-Strategiepapier

Im Jahr 2006 hat die Kommission der Europäischen Union in einer Mitteilung an den Rat, das Europäische Parlament und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss das erste Strategiepapier für den Pazifik vorgelegt. Dieses soll die langjährige Partnerschaft zwischen den Regionen „erneuern“ und eine umfassende Strategie für die zukünftige Zusammenarbeit festlegen (EU 2006: 2). Die Europäische Union unterstreicht in dem Strategiepapier, dass die pazifische Region aufgrund ihrer geringen Einwohnerzahl viel zu oft vernachlässigt werde (EU 2006: 2) und listet Gründe für eine verstärkte Zusammenarbeit auf. Darunter befinden sich unter anderem die Bedeutung des Klimawandels (EU 2006: 2, 4, 9), die Rolle anderer internationaler Akteure in der Region (EU 2006: 3ff., 17, 24), die großen maritimen Wirtschaftszonen der pazifischen Staaten und der damit verbundene Fischfang (EU 2006: 2f., 9f.) sowie sonstiger Ressourcenreichtum (EU 2006: 2, 11). In ihrem Strategiepapier stellt die Europäische Union die „Bekämpfung der Armut im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung als übergeordnetes Ziel“ heraus (EU 2006: 2) und legt drei Schwerpunkte zur zukünftigen Zusammenarbeit vor. Dabei handelt es sich um eine „Stärkung des Verhältnisses zwischen der EU und dem pazifischen Raum zur Gewährleistung eines breit angelegten politischen Dialogs“ (EU 2006: 5), die Fokussierung der Entwicklungsarbeit und die effizientere Gestaltung von Hilfsleistungen (EU 2006: 5ff.). Im Rahmen des ersten Schwerpunktes stellt das Strategiepapier die Bedeutung der Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit in Ozeanien heraus (EU 2006: 6). Entsprechend betrachtet die Europäische Union Unterstützung der weiteren Entwicklung des Regionalismus vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen als sinnvoll (EU 2006: 7ff.; EU 2007: 41ff.; sie-

he auch Koloamatangi 2005; Ridolfi 2008). Die Bedeutung der Zusammenarbeit mit dem Pacific Islands Forum als wichtigster regionaler Organisation in Ozeanien wird auch an der offen geäußerten Kritik deutlich, dass die heutige Praxis der Post-Forum-Dialoge unzureichend sei (EU 2006: 6, 29) sowie an der bereits heute existierender Zusammenarbeit mit dem Forum. Die Effizienz der Hilfsleistungen soll durch eine bessere Geberkoordination, insbesondere mit den wichtigen pazifischen Mächten Australien und Neuseeland, sowie einer wirksameren Zusammenarbeit mit den kleinsten Inselstaaten erreicht werden (EU 2006: 12).

4. Dimensionen der Bedeutung der pazifischen AKP-Staaten für die EU

Nach der Betrachtung des Strategiepapiers der Europäischen Union für den Pazifik, stellt dieses Kapitel einige Beispiele für Ereignisse und bereits existierende Zusammenarbeit vor, an welchen erkennbar ist, dass die Europäische Union der Zusammenarbeit mit dem Pazifik bereits heute einen größeren Stellenwert beimisst als gemeinhin angenommen wird. In einem weiteren Schritt sucht das folgende Kapitel dann nach den Gründen und Motivationen der Europäischen Union für existierende Zusammenarbeit sowie nach noch ungenutztem Potenzial und Gründen dafür, weshalb der Pazifik in Zukunft weiter an Bedeutung für die Europäische Union wachsen wird.

4.1 Besuch von José Manuel Barroso beim Pacific Islands Forum

Das Jahr 2011 war von besonderer Wichtigkeit für die nicht nur gegenüber Europa, sondern gegenüber der gesamten Welt steigenden Bedeutung und Wahrnehmung des Pazifiks. So waren, wenn von den internationalen Medien auch nur wenig darüber berichtet wurde, das 40-jährige Jubiläum des Pacific Islands Forums und die Besuche von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso von großer Bedeutung für die Region und spiegeln das gestiegene Bewusstsein hochrangiger Entscheidungsträger für die Bedeutung Ozeaniens wieder. Zwar fand das Forumstreffen des Jahres 2011 nicht in einem der pazifischen AKP-Staaten, sondern anknüpfend an das erste Treffen der Organisation im Jahr 1971 in Neuseeland statt, dennoch hatte die Teilnahme von hochrangigen ausländischen Vertretern große Signalwirkung für die Bedeutung der gesamten Region und insbesondere auch des Pacific Islands Forums, welches sich trotz der Mitgliedschaft Australiens und Neuseelands primär mit für die Inselstaaten relevanten Themen befasst (Shibuya 2004: 102ff.; siehe auch Gieler 2010: 274; Hasenkamp 2011: 11ff.) So ist es nicht unerheb-

lich, dass José Manuel Barroso als EU-Kommissionspräsident nicht nur als erster hochrangiger EU-Vertreter überhaupt an einer Veranstaltung mit explizitem Fokus auf die pazifischen AKP-Staaten in Ozeanien teilgenommen hat, sondern dass er dies zum Höhepunkt der Diskussion über die europäische Finanzkrise tat (Finin 2011). Noch wenige Tage vor den Jubiläumsfeierlichkeiten im neuseeländischen Auckland war die Teilnahme Barrosos in Anbetracht der Ereignisse in Europa unsicher (NZ Herald 2011). Noch deutlicher als bei dem Besuch Barrosos ist die steigende globale Bedeutung beim Besuch von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, welcher die Teilnahme am Pacific Islands Forum mit einer Reise durch die Region verband, bei welcher er unter anderem die Salomonen und Kiribati besuchte. Damit besuchte er als erster UN-Generalsekretär überhaupt einen pazifischen Inselstaat (UN News Center 2011a; UN News Center 2011b; Finin 2011). Die steigende globale Wahrnehmung Ozeaniens ist dabei zweifelsohne auch, wie der Besuch von Ban Ki-moon gezeigt hat, vor dem Hintergrund der großen Bedeutung des Klimawandels, von welchem Ozeanien in besonderer Weise betroffen ist, zu betrachten.

4.2 EPA-Verhandlungen

Trotz der augenscheinlich vergleichsweise geringen wirtschaftlichen Bedeutung des Pazifiks für die Europäische Union ist letztere immer noch um die Verabschiedung eines *Economic Partnership Agreements* (EPA) mit der gesamten Pazifik-Region bemüht. Zwar haben die EPA-Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den pazifischen AKP-Staaten zur Vorlage eines Entwurfes geführt, welcher von Seiten der EU für die gesamten pazifischen AKP-Staaten unterzeichnet worden ist; dieser Entwurf ist bisher jedoch nur von Fidschi und Papua-Neuguinea ratifiziert worden (Centre for Development Policy Management 2009: 3). Offizielle Linie der pazifischen AKP-Staaten ist nach wie vor die Verabschiedung eines alle Pazifik-Staaten umfassenden Abkommens (Centre for Development Policy Management 2009: 3). Dies zu erreichen wäre von großer symbolischer Bedeutung auch über Ozeanien hinaus, vor allem im Angesicht der Probleme mit der Unterzeichnung von EPAs auch in anderen Weltregionen, insbesondere den wichtigen afrikanischen Teilregionen.

4.3 Fidschi: Das Pacific Islands Forum & die EU

Als im Jahr 2010 geheime, von Wikileaks veröffentlichte Depeschen auf der gesamten Welt für Aufsehen sorgten, befanden sich unter dem veröffentlichten Material auch Informationen, welche international zwar nahezu keine Schlagzeilen machten, innerhalb

der Pazifik-Region aber durchaus eine nicht zu unterschätzende Brisanz besaßen. Neben Informationen über Kommunikation zwischen neuseeländischen Vertretern und den Vereinigten Staaten von Amerika, welche auf neuseeländische Spionage in Fidschi schließen lassen und welche nicht unerheblich zu den andauernden Spannungen zwischen Fidschi und Neuseeland beigetragen haben (Pazifik Aktuell 2011a: 9), handelt es sich dabei insbesondere auch um Depeschen über die europäische Haltung zur fidschianischen Militärdiktatur. So geht aus den geheimen Unterlagen hervor, dass die Europäische Union sich im Vorfeld der Suspendierung Fidschis aus dem Pacific Islands Forum im Jahr 2009 gegen Sanktionen bezüglich der militärischen Übergangsregierung stark gemacht und gegen eine Suspendierung Fidschis aus der regionalen Zusammenarbeit ausgesprochen hat (Fiji Times 2010). In Folge der Suspendierung Fidschis aus dem Forum verhängte jedoch auch die Europäische Union Sanktionen und setzte weite Teile der Zusammenarbeit mit Fidschi aus (Europäische Union 2010: 10ff.; siehe oben). Auch wenn der konkrete Zusammenhang hier nicht abschließend belegt werden kann, liegt zumindest doch die Vermutung nahe, dass die Entscheidungen des Pacific Islands Forum Einfluss auf die europäische Reaktion genommen haben. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung, welche die Europäische Union in ihrem Strategiepapier der regionalen Kooperation innerhalb Ozeaniens und insbesondere dem Forum zuweist (EU 2006: 6ff.; siehe oben).

5. Ursachen für die Bedeutung des Pazifiks & Europäische Interessen

Nachdem im letzten Kapitel einige Beispiele genannt worden sind, an welchen die Bedeutung des Pazifiks und auch des Einflusses der Region auf die Europäische Union erkannt werden können, widmet sich das nachfolgende Kapitel der Diskussion möglicher Hintergründe dieser Ereignisse, den Interessen der Europäischen Union und versucht die Frage zu beantworten, *warum* der Pazifik wichtiger für die Europäische Union ist, als gemeinhin angenommen.

5.1 Der Pazifik „ist“ Europa

Auch wenn die pazifischen AKP-Staaten fernab des europäischen Kontinents liegen, liegen sie politisch betrachtet keineswegs fernab „Europas“ und der Europäischen Union. Dies liegt daran, dass Frankreich und Großbritannien immer noch Überseegebiete im Pazifik besitzen und aus diesem Grund auf nationalstaatlicher, aber auch gesamt-

europäischer Ebene an Stabilität in der Region sowie guten Beziehungen zu dieser interessiert sind.

Die französischen Überseegebiete *Neukaledonien* (Kanaky), *Französisch-Polynesien* und *Wallis & Futuna* waren in der Vergangenheit sogenannte *Territoires d'Outre-Mer* (TOM), das heißt, sie waren anders als einige andere französische Überseegebiete – sogenannte *Départements d'Outre-Mer* (DOM) – nie integraler Bestandteil Frankreichs (Jadin/ Krosigk 1994). Anders als die überseeischen Departments, die den Verwaltungseinheiten des kontinentaleuropäischen Frankreichs vollständig gleichgestellt sind, sind sie somit auch nicht integraler Bestandteil der Europäischen Union, sondern besitzen Assoziierungsstatus. Inzwischen besitzen Französisch-Polynesien und Wallis & Futuna einen Status als sogenannte *Collectivités d'Outre-Mer* (COM), welche ihnen mehr Autonomierechte zugestehen als der frühere Status. Darüber hinaus hat Neukaledonien einen Sonderstatus, welcher langfristig möglicherweise den Weg für ein Referendum über die mögliche Loslösung von Frankreich vorbereiten soll (Rieß 2010; Sage 2008: 122f.). Obwohl die drei französischen Überseegebiete im Pazifik nicht integraler Bestandteil der Europäischen Union sind und Beschlüsse der EU somit im Regelfall nicht für diese Gebiete gelten, handelt es sich bei den Einwohnern um französische Staatsbürger und somit auch um Bürger der Europäischen Union, welche ihre eigenen Vertreter in das Europäische Parlament wählen (Jadin /Krosigk 1994). In Französisch-Polynesien leben etwa 270.000 Menschen, in Neukaledonien etwa 260.000 und in Wallis & Futuna etwa 15.000.

Großbritannien besitzt mit den Pitcairninseln nur noch ein pazifisches Überseegebiet. Anders als die französischen Überseegebiete, welche mit Ausnahme von Wallis & Futuna vergleichsweise große Bevölkerungszahlen besitzen, leben auf den Pitcairninseln, welche erstmals von den berüchtigten Meuterern der *Bounty* besiedelt wurden, heute weniger als 70 Menschen (Wolfsberger 2010: 242f.). Dennoch besitzen auch sie Assoziierungsstatus mit der Europäischen Union (Bundeszentrale für politische Bildung 2008: 334). Ferner ist die Queen, das britische Staatsoberhaupt, formal zugleich auch Staatsoberhaupt der Cookinseln, Niues, Papua-Neuguineas, der Salomonen und Tuvalu (Crocombe 2008: 597). Zusätzlich sind Kiribati, Nauru, Samoa und Vanuatu Mitglieder des *Commonwealth* (Crocombe 2008: 597), Fidschi ist derzeit suspendiert (Lal 2009: 35f.). Mit Ausnahme der ehemals amerikanischen Gebiete der Marshallinseln und Mikronesiens, des ehemals portugiesischen Osttimors und des einzigen nie vollständig abhängigen Gebietes Ozeaniens, Tonga, welches jedoch lange Zeit britisches Protektorat gewesen ist, besitzen folglich alle pazifischen AKP-Staaten bis heute an-

dauernde enge Beziehungen zu Großbritannien. Auch wenn die faktische Macht der Queen in den Staaten Ozeaniens eingeschränkt ist und Großbritannien sein Engagement in der Region in den letzten Jahrzehnten deutlich zurückgefahren hat, um – anders als Frankreich – Unabhängigkeitsbestrebungen zu ermöglichen (siehe Crocombe 2008: 597f.), hat auch Großbritannien folglich ein Interesse an der Stabilität der Region. Diese nationalstaatlichen Interessen lassen sich stärker als bei Großbritannien heutzutage bei Frankreich beobachten, welches, wie die EU in ihrer Pazifik-Strategie festhält, „(...) durch seine Überseegebiete und militärische Präsenz ein erhebliches Engagement (...)“ zeigt (EU 2006: 17). So hat Frankreich lange Zeit hoch umstrittene militärische Kooperation mit der fidschianischen Armee durchgeführt. Gerade in Folge zweier Militärputsche im Jahre 1987 hat Frankreich seine Zusammenarbeit mit dem Militär verstärkt. Ron Crocombe sieht in diesem Vorgehen Frankreichs den Versuch, die dort nach den Militärputschs regierenden indigenen Nationalisten davon abzuhalten, die neukaledonische Unabhängigkeitsbewegung, welche in den späten 1980er-Jahren ihren Höhepunkt erreichte, zu unterstützen (Crocombe 2008: 598). Gleichzeitig hätte dieses Vorgehen den Einfluss Australiens und Neuseelands untergraben, welche sich für Sanktionen gegen Fidschi stark gemacht haben (Crocombe 2008: 598f.). Dies war insbesondere in Anbetracht der damals angespannten Beziehungen Frankreichs zu Neuseeland von Bedeutung.

5.2 Die Macht des Stimmgewicht

Die meisten internationalen Organisationen basieren auf dem Grundsatz, dass jeder Mitgliedstaat eine Stimme bei Abstimmungen besitzt. Das bedeutet, dass ein Staat wie Tuvalu mit kaum 10.000 Einwohnern z.B. in der Generalversammlung der Vereinten Nationen formal betrachtet dasselbe Stimmgewicht besitzt wie die Vereinigten Staaten von Amerika oder die Volksrepublik China. Entsprechend sollte die strategische Rolle kleinerer Staaten in der Weltpolitik generell nicht vernachlässigt werden. Iver B. Neumann und Sieglinde Gstöhl schreiben, dass „(...) small states are simply too numerous and – sometimes individually, but certainly collectively – too important to ignore.“ (Neumann/Gstöhl 2006: 3) Auch Robert O. Keohane unterstreicht die nicht zu unterschätzende Rolle kleiner Staaten in internationalen Organisationen und führt aus, dass „[u]sing the United Nations as a forum and a force (...), small states have risen to prominence if not power.“ (Keohane 2006: 55). Daher sind gerade kleine Staaten in der internationalen Politik von großer Bedeutung. Die pazifischen AKP-Staaten stellen immerhin 13 stimmberechtigte Mitglieder der Vereinten Nationen und mit den

Cookinseln und Niue zusammen 15 stimmberechtigte Mitglieder in anderen internationalen Organisationen und Abkommen, wie der Klimarahmenkonvention (siehe oben). Die Macht des Stimmrechts bringt gerade bei Staaten, welche im Regelfall als „machtlos“ und unbedeutend abgetan werden, auch das Problem des „Stimm-Kaufs“ mit sich. Nicht nur in Bezug auf die pazifischen Staaten ist dieses Phänomen in den vergangenen Jahren in verschiedenster Form untersucht worden. In Bezug auf Ozeanien sind es zurzeit vor allem asiatische Staaten, welche durch Entwicklungshilfe versuchen, auf das Stimmverhalten der pazifischen AKP-Staaten Einfluss zu nehmen, sich wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen oder sich, wie im Falle der Volksrepublik China und der Republik China (Taiwan), gar regelrechte Auseinandersetzungen um die Anerkennung durch die ozeanischen Staaten liefern (Tarte 1998: S. 10f.; Crocombe 2007: 54; Arase 1995; Holtz 2008: S. 19ff.).

Neben dem „Erkaufen“ wirtschaftlicher Vorteile insbesondere im Bereich der Fischerei ist ein häufig genanntes Beispiel der Beeinflussung durch asiatische Staaten das augenscheinliche Paradoxon, dass die normalerweise stark auf Umweltschutz fokussierten pazifischen AKP-Staaten in der Internationalen Walfangkommission regelmäßig mit Japan für die Aufhebung von Einschränkungen zum Walfang stimmen (Crocombe 2007: 248). Ron Crocombe schreibt: „All intergovernmental aid has a goodwill-buying and vote-buying element, but few were as blatant as Japan in relation to fisheries. (...) In 1995, Japan feared it would lose the vote on whaling for ‘scientific’ purposes (...). So in 1996, Japan set out to buy the cheapest votes in the international market – those of small poor countries. They persuaded Solomon Islands, Palau, two Caribbean nations and Mongolia to join the Commission, then, during 2004-2006, added Kiribati, Marshall Islands, Nauru and Tuvalu. Japan pays costs and gives ‘development resources’ in return for voting with Japan.“ (Crocombe 2007: 248).

Die pazifischen Staaten spielen folglich auch für weltpolitische Interessen der Europäischen Union keine unwesentliche Rolle. Auch wenn es für die Europäische Union sicherlich nicht erstrebenswert ist, die heute bereits gängige Praxis des „Stimm-Kaufs“ fortzuführen, so ist es doch von strategischer Wichtigkeit für sie, den politischen Dialog mit der Region zu suchen, um diese auf Sachebene von eigenen Interessen zu überzeugen oder sich auf existierende gemeinsame Interessen zu besinnen und internationales Auftreten zu koordinieren. Ferner ist ihr Engagement notwendig, um eine Gegenbalance zu dem starken asiatischen Einfluss zu schaffen, insbesondere dort, wo unterschiedliche Interessen gegenüber der Europäischen Union bestehen und die pazi-

fischen AKP-Staaten von diesen instrumentalisiert zu werden drohen. Die folgenden Kapitel gehen insbesondere auf die starke Rolle asiatischer Akteure im Pazifik ein.

5.3 Steigende globale Bedeutung Ozeaniens

5.3.1 Die Beziehung zu anderen Akteuren im Pazifik

Im ihrem Strategiepapier führt die Europäische Union aus, dass zahlreiche Akteure im Pazifik aktiv sind und dort „(...) wichtige politische wie auch sicherheits- und handelspolitische Interessen im größeren pazifischen Raum [verfolgen], während die Rolle Europas an Bedeutung verloren hat.“ (EU 2006: 5). Dazu gehören aus Sicht der Europäischen Union insbesondere Australien und Neuseeland, welche „Schlüsselakteure im pazifischen Raum“ seien sowie die USA und Japan (EU 2006: 5). Die EU schlussfolgert daraus, dass „[e]ine verstärkte Rolle Europas im pazifischen Raum (...) auch den bilateralen Beziehungen der EU zu den USA, Japan, Australien und Neuseeland zugute kommen [könnte].“ (EU 2006: 5). In der Tat steigt die Bedeutung, welche internationale Akteure, auch über die von der EU genannten Beispiele hinaus, dem Pazifik beimessen.

Australien & Neuseeland

Australien und Neuseeland haben auf Grund ihrer Geschichte und Bevölkerungsstruktur seit Ende der Kolonialzeit stets eine enge Bindung zu Europa sowie strategisch zur so genannten „westlichen Welt“ beibehalten. Lange Zeit galten die beiden Staaten, insbesondere Neuseeland, auch als „stellvertretende Interessensvertreter“ der Vereinigten Staaten von Amerika und Europas in der Pazifik-Region (McDougall 2005: 131). Über die vergangenen Jahre haben beide Staaten aber an Einfluss auf die pazifischen Nachbarstaaten verloren und insbesondere das australische Image hat in der Region nachhaltig gelitten (Crocombe 2008: 560; Dinner 2004: 1; siehe auch Firth 2005: 94ff.; McDougall 2005: 129ff.; Hasenkamp 2011: 15, 17). Zusätzlich verschieben sich auch, insbesondere wirtschaftspolitisch, die Schwerpunkte australischer und neuseeländischer Außenpolitik von den klassischen Partnern in Europa und Nordamerika zunehmend auf den asiatischen Kontinent (McDougall 2007: 278ff.; Levine 2009: 147). Stärker als in der Vergangenheit hat die Europäische Union also ein Interesse daran, als eigenständiger Akteur im Pazifik wahrgenommen zu werden: Einerseits, da die frühere Stellvertreter-Rolle Australiens und Neuseelands aufgrund sich verschiebender Interessenslagen dieser Staaten nicht mehr ausreichend ist für die Repräsentation der EU. Andererseits möchte die Europäische Union sich zumindest in Teilberei-

chen von dem in einigen Ländern belasteten Image der beiden großen pazifischen Staaten abheben. Dies betrifft unter anderem insbesondere die Thematik des Klimawandels, bei welchem Australien immer noch als „Bremser“ gilt, was regelmäßig zu regionalen Spannungen zwischen den Inselstaaten und Australien im Pacific Islands Forum führt (Barnett/Campbell 2010: 107ff.).

5.3.2 Asiatische Akteure im Pazifik

Wie bereits erwähnt, existiert ein zunehmendes asiatisches Engagement in der Pazifik-Region, welches sich neben Diplomatie insbesondere auf wirtschaftliche Vorteile im Bereich der Fischerei bezieht. Darüber hinaus bestehen vor allem zwischen China und den drei pazifischen Inselstaaten, welche eigene Streitkräfte unterhalten – Papua-Neuguinea, Fidschi und Tonga – militärische Beziehungen (Crocombe 2007: 344ff.). Anders als die europäischen Staaten, von denen nur wenige Botschaften in den Inselstaaten besitzen, sind wichtige asiatische Akteure meist auf mehreren der Inseln mit Botschaften vertreten. Außerdem besitzen alle pazifischen AKP-Staaten mit Ausnahme der Cookinseln und Niues, welche außenpolitisch von Neuseeland vertreten werden, entweder eine Botschaft der Volksrepublik Chinas oder Taiwans (siehe Crocombe 2007: 475ff.). Trotz der langen Zugehörigkeit der meisten pazifischen Staaten zu europäischen Kolonialmächten leben auf den meisten Inselstaaten heute auch deutlich mehr asiatische Einwanderer als europäischstämmige Menschen (siehe Crocombe 2007: 5f.).

Der Pazifik als Teil der Großregion Asien-Pazifik

Das Strategiepapier der Europäischen Union weist auch auf die zunehmende Eingliederung der Pazifik-Region in den so genannten asiatisch-pazifischen Großraum hin (EU 2006: 4). Die Beziehungen zum Pazifik sind also nicht nur vor dem Hintergrund zunehmender Aktivität anderer internationaler und insbesondere asiatischer Akteure in der Region bedeutend. Eine Fortsetzung aktueller Entwicklungen werden sich die Beziehungen zur für die Europäische Union wichtigen asiatischen Region in Zukunft nicht völlig an den Pazifik-Staaten vorbei führen lassen. Seit der Unabhängigkeit der Staaten kümmert sich beispielsweise die *Asian Development Bank* (ADB) neben den kontinental- und südostasiatischen Staaten auch um die Inselstaaten des Südpazifiks und hat so zu einer nicht unwesentlichen Integration dieser in asiatische Regionalpolitik beigetragen (Asian Development Bank 2005: ix f.; siehe Tarte 1998: 175). Auch auf internationaler Ebene treten die Pazifik-Staaten häufig gemeinsam mit der asiatischen

Staatengruppe auf. So gehören sie beispielsweise im UN-System schon lange zur so genannten *Asian Group*, deren Umbenennung in *Group of Asia and the Pacific Small Island Developing States* (kurz: *Asia-Pacific Group*) sich 2011 durchgesetzt hat (Radio New Zealand International 2011). Für den fidschianische UN-Botschafter Peter Thomson zeigt die Umbenennung, dass „(...) Pacific states are wanting to play their full part and assume their rights and responsibilities.“ (Radio New Zealand International 2011)

5.3.3 Fidschis Bewerbung für den UN-Sicherheitsrat

Auch die fidschianische Bewerbung um einen nicht-ständigen Sitz um UN-Sicherheitsrat im Jahr 2011 zeugt von einem neuen globalen Selbstbewusstsein der pazifischen Inselstaaten. Als erster pazifischer Inselstaat überhaupt erklärte Fidschi damit im Vorfeld der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2011 seine Ambitionen auf einen Sitz im Sicherheitsrat. Auch wenn die Kandidatur gescheitert ist und Fidschi die Kandidatur, welche zwar formal aufrecht erhalten wurde, zugunsten einer Unterstützung Pakistans bereits kurz nach der Bekanntgabe nicht mehr aktiv verfolgte, drückt sie den Wunsch der Pazifik- Staaten aus, sich international zu präsentieren und langfristig eine wichtigere Rolle zu spielen (Pazifik Aktuell 2011b: 8f.). Da die Bewerbung Fidschis sich auf einen der im Jahr 2012 freiwerdenden asiatischen Sitze im Sicherheitsrat bezog, stellt sie nicht nur global, sondern auch innerhalb der asiatisch-pazifischen Staatengruppe ein gesteigertes Selbstbewusstsein dar (Pazifik Aktuell 2011b: 8f.).

5.4 Wirtschaftliche Gründe

Bei genauer Betrachtung des EU-Strategiepapiers für den Pazifik-Raum fällt auf, dass in diesem einerseits zwar die Rede von „beträchtlichen natürlichen Ressourcen“ (EU 2006: 2) ist, auf der anderen Seite aber auch richtig festgestellt wird, dass es sich bei der existierenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit „in absoluten Zahlen nicht um einen allzu großen Betrag“ (EU 2006: 8) handelt und „[d]er Handel zwischen der EU und dem pazifischen Raum [...] relativ gering und eher inkonstant“ (EU 2006: 26) ist. Auch wenn festzuhalten bleibt, dass allein eine breite wirtschaftliche Zusammenarbeit des Pazifiks mit der Europäischen Union aufgrund der geringen Größe und des geringen Gesamtwirtschaftsvolumens der pazifischen AKP-Staaten sowie der weiten Entfernung von Europa den Pazifik niemals ins Zentrum des europäischen Interesses rücken kann, so bietet die Region in bestimmten Bereichen doch eine nicht unerhebliche Be-

deutung für die Weltwirtschaft und ein steigendes Potenzial in der Zukunft. Zu den Wirtschaftsbereichen, welche – auch laut dem EU-Strategiepapier – von besonderer Bedeutung für den Pazifik sind, zählen der Tourismus und die Fischerei sowie die Nutzung weiterer Meeresressourcen. Für die Europäische Union ist dabei insbesondere der letzte Themenkomplex von Bedeutung, der im Folgenden näher betrachtet wird.

5.4.1 Fischerei & Meeresressourcen

Nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus strategischer Sicht sind die großen Meereswirtschaftszonen der meisten pazifischen AKP-Staaten ein Machtfaktor. Während die pazifischen Inselstaaten zu den Staaten mit den kleinsten Landflächen im globalen Vergleich gehören, besitzen sie die mit Abstand größten Meereswirtschaftszonen (siehe Barnett/Campbell 2010: 29; Crocombe 2008: 279). Das Seerecht der Vereinten Nationen, deren Ausarbeitung ein Beispiel für eine starke Beteiligung der ozeanischen Staaten in der internationalen Politik darstellt (siehe Mara 1997: 118), gesteht allen Insel- und Küstenstaaten neben Hoheitsgewässern von 12 Seemeilen sogenannte exklusive Wirtschaftszonen von 200 Seemeilen zu, in denen nur der angrenzende Staat alleinige Verfügung über Fischbestand und weitere maritime Ressourcen besitzt (Vereinte Nationen 2000: S. 8f.; Crocombe 2008: 278f.; Neemia 1986: 33.). Diese Zone kann um jede zu einem Staat gehörende Insel gezogen werden, wie Ron Crocombe erklärt: „Any islet that *could* support human life – even if not inhabited – qualifies for a 200 miles zone. The nation that owns the EEZ [exclusive economic zone] has exclusive rights to fish and other marine life as well as minerals on the seabed, but not to transit and other uses.“ (Crocombe 2008: 279) Die alleinigen Nutzungsrechte können per Lizenz an andere Staaten oder ausländische Unternehmen verkauft werden. Dies ist bereits heute häufig der Fall, da die pazifischen AKP-Staaten kaum Ressourcen zur eigenen vollständigen Nutzung der Meereswirtschaftszonen besitzen. Während ein Teil der Lizenzen auch an Europa, insbesondere Spanien, sowie die Vereinigten Staaten von Amerika geht (Klinckhamers 2005: S. 10f.), spielen asiatische Staaten heute eine deutlich größere Rolle bei der Vergabe von Fischereilizenzen (Crocombe 2007: 128ff.; siehe auch Statistisches Bundesamt 1996: 75; Henkelmann 2003: 66f). Ein stärkeres Engagement der Europäischen Union könnte also dem oben genannten Interesse der Ausbalancierung des asiatischen Einflusses auf die pazifischen AKP-Staaten nutzen, als auch wirtschaftliche Möglichkeiten im Bereich der Fischerei auf tun. Dies ist insbesondere von Relevanz, da die Europäische

Union zurecht feststellt, dass Ozeanien „über die einzigen Fischbestände [verfügt], die noch nicht unter erheblicher Überfischung leiden“ (EU 2006: 3).

Martin Henkelmann zeigt auf, dass gerade die Europäische Union einerseits einen Markt für Fischerei besitzt, der gerade zu 50% aus den Erträgen der eigenen Meere gedeckt werden kann, andererseits eine „Überkapazität im Bereich der Fischereifloten und der Fisch verarbeitenden Industrie“ (Henkelmann 2003: 49). Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Europäische Union den gesamten Pazifischen Ozean in ihrem Strategiepapier als „globales öffentliches Gut“ betrachtet und in ihm auch ein „immenses Potential für die menschliche Gesundheit“ sieht (EU 2006: 3). Für Henkelmann ergibt sich sogar „aus dem Zusammentreffen von steigender Nachfrage nach Fisch [...] bei gleichzeitigen Fischereiressourcen, die Erschöpfungssymptome zeigen, ein Konfliktpotenzial für innerstaatliche und internationale Konflikte.“ (Henkelmann 2003: 48f.)

Zunehmend von steigender Bedeutung sind auch der Abbau anderer Meeresressourcen am Meeresboden und Meeresuntergrund, welche in Zukunft gerade in Anbetracht sich verknappender Ressourcen an Land immer mehr in den Mittelpunkt wirtschaftlichen Interesses rücken werden und deren Abbaumöglichkeiten verschiedene pazifische Staaten zur Zeit erkunden (siehe Henkelmann 2003: 211ff.).

Während wirtschaftliche Interessen insgesamt eher eine nachgeordnete Rolle spielen, dürften sie im Bereich der Fischerei und Meeresnutzung durchaus eine nicht unbedeutende Rolle für die Europäische Union spielen, die in Zukunft weiter zunehmen wird. Dabei wird es insbesondere eine Herausforderung werden, wirtschaftliche Interessen wahrzunehmen und zugleich das Interesse des Schutzes der Meere und der Meeresvielfalt zu wahren (EU 2006: 3f; siehe auch Henkelmann 2003: 50, 122ff.). Ohne Frage sind außerdem die großen Meereswirtschaftszonen gerade Französisch-Polynesiens kein unwesentlicher Grund für Frankreichs Interesse, seine pazifischen Gebiete auch zukünftig an das französische Kernland gebunden zu wissen.

5.5 Image

Durch ihr Verhalten und durch ihre Politik gegenüber den pazifischen AKP-Staaten beeinflusst die Europäische Union sowohl ihre Außenwahrnehmung als auch die Wahrnehmung innerhalb der eigenen Bevölkerungen, sie gibt sich ein „Image“. Dies betrifft nicht ausschließlich den Pazifik, sondern alle Weltregionen. Der Pazifik eröffnet durch die Herausforderungen, vor welchen er steht, aber in besonderer Weise die Möglichkeit für die EU, die eigene Wahrnehmung im Kontext ihrer Ziele zu beeinflussen.

5.5.1 Klimawandel & Umweltschutz

Seit einigen Jahren versucht die Europäische Union sich in internationalen Klimadebatten als „Vorreiter“ zu positionieren und legt vergleichsweise ambitionierte Klimaschutzziele vor (Karns/Mingst 2010: 500, 524ff.). Zu den wenigen Staaten, welche noch deutlich ambitionierte Forderungen stellen, gehören die pazifischen AKP-Staaten und ihre Verbündeten der *Alliance of the Small Islands States* (AOSIS) aus der Karibik und dem Indischem Ozean (Barnett/Campbell: 101f.). Aufgrund des steigenden Meeresspiegels werden niedrig gelegene Inselstaaten in besonderer Weise durch den Klimawandel gefährdet (Barnett/Campbell 2010: 8ff.). Unter den pazifischen AKP-Staaten, die nahezu allesamt in verschiedenen Formen vom Meeresspiegelanstieg und anderen Folgen des Klimawandels bedroht sind, befinden sich mit Niue, den Cookinseln, Tuvalu und Kiribati einige der global am stärksten betroffenen Staaten (Barnett/Campbell 2010: 11ff.). Barnett und Campbell schreiben, dass in Bezug zum Klimawandel „(...) it might also be asserted that AOSIS perhaps wields greater moral authority than most if not all other countries, with some considering it to be the conscience of the climate change negotiations“. (Barnett/Campbell 2010: 101) Durch Zusammenarbeit mit den pazifischen AKP-Staaten beim Klimaschutz und in der internationalen Klimapolitik kann die Europäische Union versuchen, sich die „moralische Autorität“ der Inselstaaten zu Nutze zu machen, sich dadurch gegenüber den eigenen Mitgliedsstaaten und Bevölkerungen profilieren und auch die Außenwahrnehmung anderer Akteure beeinflussen. Möchte die Europäische Union ihr „Image“ als Klimaschützer international beibehalten, festigen und ausbauen, wird für sie kein Weg an den Inselstaaten vorbei führen, welche auf noch stärkeren Klimaschutz pochen, dabei auch die EU kritisieren und dank der Unterstützung internationaler Nichtregierungsorganisationen bei der Thematik des Klimawandels international erstaunlich viel Gehör finden (siehe Karns/Mingst 2010: 498f., 508ff.).

5.6 Profilierung für die EU





Selbst wenn angenommen wird, dass der Pazifik nicht von übermäßig großer Bedeutung für die europäischen Nationalstaaten ist – oder diese die Bedeutung der Region zumindest nicht ausreichend wahrnehmen –, kann sich gerade daraus aber ein großer Stellenwert für die Europäische Union als Organisation ableiten. Die EU selbst schreibt nur am Rande ihres Strategiepapiers, dass Ozeanien besondere Chancen für die Europäische Union als Kollektiv bietet. So heißt es dort: „Da nur wenige Mitgliedstaaten [der Europäischen Union] und die Kommission über Vertretungen in den pazifischen

AKP-Staaten verfügen, erscheint diese Region besonders geeignet für eine gemeinsame Präsenz und ein gemeinsames Handeln der EU vor Ort.“ Anders formuliert, könnte man auch davon sprechen, dass der Pazifik-Raum, welcher bisher vergleichsweise wenig nationalstaatliche außenpolitische Aktivitäten der EU Mitgliedsstaaten aufweist, gerade durch dieses Desinteresse einzelner Nationalstaaten der Europäischen Union einen Spielraum zugesteht, den diese im Bereich der Außenpolitik selten nutzen kann. Gerade in Anbetracht der steigenden Relevanz des außenpolitischen Profils der Europäischen Union und anhaltender Forderungen nach einem einheitlicherem europäischen außenpolitischen Auftreten, welches jedoch mit nationalstaatlichen außenpolitischen Kompetenzen konkurriert, kann der Pazifik für die Organisation von großer Wichtigkeit sein. Sollte es der EU gelingen, in Ozeanien eine erfolgreiche europäische Außenpolitik gegenüber den pazifischen AKP-Staaten zu betreiben, besitzt dies das Potenzial, auf weitere Regionen abzustrahlen und würde einen Präzedenzfall dafür schaffen, dass gemeinsame europäische Außenpolitik erfolgreicher sein kann als nationalstaatliche Außenpolitik der EU-Staaten.

6. Fazit

Die Europäische Union schreibt in ihrem Strategiepapier, dass „(...) [d]er pazifische Raum und die EU [...] zwar in geographischer Hinsicht weit voneinander entfernt [sind], doch sind sie einander wichtiger als gemeinhin in Europa wahrgenommen wird.“ (EU 2006: 13) Diese Einschätzung ist sicherlich nicht nur eine politische Floskel, sondern beruht auf einer Vielzahl von Gründen. In der Tat ist auch der Pazifik für die Europäische Union und die Umsetzung ihrer Interessen von größerer Bedeutung als gemeinhin angenommen und als es der EU selbst bewusst ist. Auch wenn der Pazifik in Zukunft ein vergleichsweise uninteressantes gesamtwirtschaftliches Potenzial für die Europäische Union besitzen dürfte, gibt es politische, strategische und auch auf bestimmte Wirtschaftsfelder bezogene wirtschaftliche Gründe, welche die Bedeutung Ozeaniens für die Europäische Union verkörpern. Zu diesen zählen jeweils auch nationalstaatliche Interessen der EU-Mitgliedsstaaten. Einer der oben genannten Gründe ist der steigende globale Stellenwert des Pazifiks, insbesondere, aber nicht ausschließlich gegenüber asiatischen Akteuren und als Teil der Großregion *Asien-Pazifik*. Präsenz im Pazifik und Zusammenarbeit mit den pazifischen AKP-Staaten ermöglichen der Europäischen Union sowohl den Zugang zu asiatischen Akteuren in der Region als auch die Ausbalancierung ihres Einflusses auf die ozeanischen Staaten. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund weltpolitischer Themen, die nicht zwangsläufig in direktem Zusammenhang mit der Region stehen müssen, von Bedeutung, da die pazifischen AKP-Staaten ein nicht unerhebliches Stimmpotenzial in internationalen Organisationen besitzen, welches sich insbesondere asiatische Akteure bereits seit Jahren zu Nutze machen. Zwar ist es nicht erstrebenswert und sollte es nicht im Interesse Europas stehen, die Praxis des „Stimm-Kaufs“ zu übernehmen, jedoch gilt auch für die Europäische Union, dass in den kleinen und wenig besiedelten Pazifik-Staaten mit vergleichsweise geringem Einsatz viel erreicht werden kann. So können sich entwicklungspolitische Projekte in der Region aufgrund der überschaubaren Größe der Staaten im Vergleich zu anderen Partnern der EU als verhältnismäßig kostengünstig darstellen. Zusätzlich bietet sich der Europäischen Union die Möglichkeit, mit relativ wenigen Mitteln zahlreiche ihr wichtige Punkte, wie Demokratisierung und gute Regierungsführung, voranzutreiben, was sich positiv auf das Image der Europäischen Union niederschlagen wird. Gerade beim Thema des Klimawandels, in welchem die EU sich als internationaler Vorreiter behaupten will, führt kein Weg an den in besonderer Weise bedrohten Inselstaaten des Pazifiks vorbei. Die Achtung der Interessen Ozeaniens sowie die Unterstützung der Staaten gerade, aber nicht ausschließlich bei der Anpassung und Be-

kämpfung des Klimawandels sind aus Gründen der Glaubwürdigkeit für die Europäische Union von großer Bedeutung. Die Europäische Union ist also auf dem richtigen Weg, wenn sie versucht, die langjährige AKP-Zusammenarbeit mit den Pazifik-Staaten nicht nur fortzusetzen, sondern wieder verstärkt in den Mittelpunkt zu stellen. Ozeanien hat in den vergangenen Jahren international an Bedeutung zugenommen und ein neues internationales Selbstbewusstsein erlangt, welches sich auch im Verhalten der Europäischen Union gegenüber dem Pazifik niederschlagen sollte und bereits niederschlägt. Der Pazifik wird in der Zukunft stärker als heute darauf drängen, in der europäischen, aber auch der internationalen Politik nicht länger eine nachgeordnete Rolle zu spielen. Dies rechtzeitig zu erkennen, kann der Europäischen Union einen wichtigen strategischen Vorteil geben bzw. vorhandene Nachteile gegenüber den heute aktiveren asiatischen Akteuren ausgleichen.

	Cook-Islands *1965 (Neuseeland) ca. 20.000		Palau *1984 ca. 20.000
	Fidschi *1970 ca. 850.000		Papua Neuguinea *1975 ca. 6 Mio.
	Kiribati *1979 ca. 100.000		Samoa *1962 ca. 180.000
	Marshall-Islands *1986 ca. 70.000		Solomon-Islands *1978 ca. 525.000
	Micronesia *1986 ca. 110.000		Tonga (*1970) Ca. 105.000
	Nauru *1968 ca. 10.000		Tuvalu *1978 ca. 10.500
	Niue *1974/1994 (Neus.) ca. 1.500		Vanuatu *1980 ca. 225.000
			Timor-Leste *2002 ca. 1 Mio.

Die pazifischen AKP-Staaten mit Unabhängigkeitsdatum und Einwohnerzahl.

7. Literaturverzeichnis

Angelo, Tony (2009): Pitcairn. *In: Pacific Ways – Government and Politics in the Pacific Islands* (Hrsg.: Levine, Stephen). Wellington: Victoria University Press.

Angleviel, Frédéric (2009): Wallis & Futuna. *In: Pacific Ways – Government and Politics in the Pacific Islands* (Hrsg.: Levine, Stephen). Wellington: Victoria University Press.

Arase, David (1995): *Buying Power – The Political Economy of Japan's Foreign Aid*. Boulder/London: Lynne Rienner Publishers.

Asian Development Bank (2005): *Toward a New Pacific Regionalism – An Asian Development Bank – Commonwealth Secretariat Joint Report to the Pacific Islands Forum Secretariat* (Pacific Studies Series). Manila: Asian Development Bank.

Bantos, Sophie (2010): Wallis & Futuna (aus dem Französischen übersetzt: Kowasch, Matthias). *In: Die Außenpolitik der Staaten Ozeaniens. Ein Handbuch: Von Australien bis Neuseeland, von Samoa bis Vanuatu* (Hrsg.: Gieler, Wolfgang / Dittmann, Andreas / Kowasch, Matthias). Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.

Barnett, Jon / Campbell, John (2010): *Climate Change and Small Island States – Power, Knowledge and the South Pacific*. London / Washington D.C.: Earthscan

Bundeszentrale für politische Bildung (2008): Vertrag von Lissabon. Bonn.

Clark, Roger S. / Sann, Madeleine ((Hrsg.) (1996): *The Case Against the Bomb – Marshall Islands, Samoa, and Solomon Islands before the International Court of Justice in Advisory Proceedings on the Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons*. Camden: Foundation for International Environmental Law and Development, Rutgers University School of Law / United Nations Missions of Marshall Islands, Samoa, and the Solomon Islands.

Crocombe, Ron (2008): *The South Pacific* (7th Edition). Suva: IPS Publications, University of the South Pacific.

Crocombe, Ron (2007): *Asia in the Pacific Islands – Replacing the West*. Suva: IPS Publications, University of the South Pacific.

Crocombe, Ron (1976): *The Pacific Way – An Emerging Identity*. Suva: Lotu Pasifika Productions.

Dinner, Sinclair (2004): *Lending A Fist? Australia's New Interventionalism in the Southwest Pacific* (Discussion Paper 2004/5). Canberra: Research School of Pacific and Asian Studies, The Australian National University.

Dommen, Edward (1985): *What is a Microstate?* *In: States, Microstates and Islands* (Hrsg.: Dommen, Edward / Hein, Philippe). Surry Hills: Croom Helm Ltd.

Dumas, Pascal (2010): Nauru (aus dem Französischen übersetzt: Kowasch, Matthias). *In: Die Außenpolitik der Staaten Ozeaniens. Ein Handbuch: Von Australien bis Neuseeland, von Samoa bis Vanuatu* (Hrsg.: Gieler, Wolfgang / Dittmann, Andreas / Kowasch, Matthias). Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.

Europäische Union (2010): Council Decisions of 27 September 2010: amending and extending the period of application of Decision 2007/641/EC concluding consultations with the Republic of the Fiji Islands under Article 96 of the ACP-EU Partnership Agreement and Article 37 of the Development Cooperation Instrument (2010/589/EU). *In: Official Journal of the European Union* (2010/L260). Brüssel.

Europäische Union (2009): Council Decisions of 13 July 2009 on the signature and provisional application of the Interim Partnership Agreement between the European Community of the one part, and the Pacific States, of the other part (2009/729/EC). *In:* Official Journal of the European Union (2009/ L 272/1). Brüssel.

Europäische Union (2007): The European Union and the Pacific (Development: DE 137). Brüssel.

Europäische Union (2006): Die Beziehungen zwischen der EU und den Pazifik-Inseln – Eine Strategie für eine verstärkte Partnerschaft (Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss), {SEC(2006) 642} (Fassung in deutscher Sprache). Brüssel.

European Centre for Development Policy Management (2009): Update: Economic Partnership Agreements (17 June 2009). Maastricht: http://www.acp-eu-trade.org/library/files/EC_EN_170609_EC-Update-on-EPA.pdf (Zugriff: 9.3.2012).

Fiji Times (2010): EU not helpful of NZ stand: WikiLeaks (Sunday, December 26, 2010). Suva: Fiji 29 Times Limited.

Finin, Gerard (2011): Power Diplomacy at the 2011 Pacific Islands Forum (PIF) (Asia Pacific Bulletin | November 3, 2011). Honolulu: East-West Center.

Folliet, Luc (2011): Nauru – Die verwüstete Insel. Wie der Kapitalismus das reichste Land der Erde zerstörte (aus dem Französischen übersetzt: Schulz, Oliver Ilan). Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.

Firth, Stewart / Fraenkel, Jon (2007): Fiji's perpetual legitimacy crisis. *In:* From Election to Coup in Fiji – The 2006 campaign and its aftermath (Hrsg.: Firth, Stewart / Fraenkel, Jon). Canberra: Asia-Pacific Press / ANU E Press, The Australian National University & IPS Publications, University of the South Pacific.

Firth, Stewart / Fraenkel, Jon (2009): The enigmas of Fiji's good governance coup. *In:* The 2006 Military Takeover in Fiji – A Coup to end all Coups? (Hrsg.: Firth, Stewart / Fraenkel, Jon / Lal, Brij V.). Canberra, ANU E Press, The Australian National University.

Firth, Stewart (2005): A New Era in Security. *In:* Securing a Peaceful Pacific (Hrsg.: Henderson, John / Watson, Greg). Christchurch: Canterbury University Press.

Gelu, Alphonse (2009): Papua New Guinea. *In:* Pacific Ways – Government and Politics in the Pacific Islands (Hrsg.: Levine, Stephen). Wellington: Victoria University Press.

Gieler, Wolfgang (2010): Pacific Island Forum. *In:* Die Außenpolitik der Staaten Ozeaniens. Ein Handbuch: Von Australien bis Neuseeland, von Samoa bis Vanuatu (Hrsg.: Gieler, Wolfgang / Dittmann, Andreas / Kowasch, Matthias). Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.

Gonschor, Lorenz (2009): French Polynesia. *In:* Pacific Ways – Government and Politics in the Pacific Islands (Hrsg.: Levine, Stephen). Wellington: Victoria University Press.

Graham, Kennedy (2008): Models of Regional Governance: Is there a choice for the Pacific? *In:* Models of Regional Governance for the Pacific – Sovereignty and the future architecture of regionalism (Hrsg.: Graham, Kennedy). Christchurch: Canterbury University Press.

Haas, Michael (1989): The Pacific Way – Regional Cooperation in the South Pacific. New York: Praeger Publishers.

Hasenkamp, Oliver (2011): Das Pacific Islands Forum (Dossier Nr. 96). Neuendettelsau: Pazifik-
Informationsstelle: <http://www.pazifik-infostelle.org/publikationen/dossiers/4207748.html> (Zugriff: 7.3.2012).

Hau'ofa, Epeli (2008): Our Sea of Islands (im Original veröffentlicht: 1993). *In: We are the Ocean – Selected Works.* Honolulu: University of Hawai'i Press.

Henkelmann, Martin (2003): Seerechtliche Aspekte der AKP-EG-Zusammenarbeit. Tübingen: MVK Medien-Verlag Köhler.

Hiery, Hermann (2009): Die Kolonialgeschichte: Ein Überblick. *In: Ozeanien – 18. bis 20. Jahrhundert – Geschichte und Gesellschaft* (Hrsg.: Mückler, Hermann / Ortmayr, Norbert / Werber, Harald). Wien: Verein für Geschichte und Sozialkunde & Promedia Verlag.

Hoadley, Stephen (2005): New Zealand and France – Politics, Diplomacy and Dispute Management. Wellington: New Zealand Institute of International Affairs.

Holtz, Andreas (2011): Australiens Rolle als regionale Führungsmacht im Pazifik. *In: Internationale Politik und Gesellschaft - International Politics and Society* (2011, 2). Berlin: Friedrich-Ebert- Stiftung: http://library.fes.de/pdf-files/ipg/2011-2/13_a_holtz.pdf.

Holtz, Andreas (2008): Schwache Staaten und starke Interessen: Die Ozeanien-Politik der Volksrepublik China (Dossier Nr. 82). Neuendettelsau: Pazifik-Informationsstelle.

Jadin, Perre / Krosigk, Friedrich von (1994): Die französischen Überseegebiete – Paradoxien eines Entwicklungsexperiments. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut.

Karns, Margaret P. / Mingst, Karen A. (2010): International Organizations – The Politics and Processes of Global Governance. Boulder / London: Lynne Rienner Publishers.

Keohane, Robert O. (2006): Lilliputians' Dilemma – Small States in International Politics (im Original veröffentlicht: 1969). *In: Small States in International Relations* (Hrsg.: Ingebritsen, Christine / Neumann, Iver B., Gstöhl, Sieglinde, Beyer, Jessica). Washington/Reykjavik: University of Washington Press & University of Iceland Press.

Klinckhamers, Pavel (2005): Tuna in the Pacific: The Involvement of Europe (Dossier Nr. 75). Neuendettelsau: Pazifik-Informationsstelle.

Koloamatangi, Malakai (2005): Regionalism: EU and Pacific Perspectives. *In: Securing a Peaceful Pacific* (Hrsg.: Henderson, Jon / Watson, Greg). Christchurch: Canterbury University Press.

Kowasch, Matthias (2010a): Neukaledonien. *In: Die Außenpolitik der Staaten Ozeaniens. Ein Handbuch: Von Australien bis Neuseeland, von Samoa bis Vanuatu* (Hrsg.: Gieler, Wolfgang / Dittmann, Andreas / Kowasch, Matthias). Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.

Kowasch, Matthias (2010b): Französisch-Polynesien. *In: Die Außenpolitik der Staaten Ozeaniens. Hin Handbuch: Von Australien bis Neuseeland, von Samoa bis Vanuatu* (Hrsg.: Gieler, Wolfgang / Dittmann, Andreas / Kowasch, Matthias). Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.

Lal, Brij V. (2009): 'Anxiety, uncertainty and fear in our land': Fiji's road to military coup, 2006. *In: The 2006 Military Takeover in Fiji – A Coup to end all Coups?* (Hrsg.: Fraenkel, Jon / Firth, Stewart / Lal, Brij V.). Canberra, ANU E Press, The Australian National University.

Lal, Brij V. (2006): Islands of Turmoil – Elections and Politics in Fiji. Canberra: Asia Pacific Press / ANU E Press, The Australian National University.

- Levine, Stephen (2009):** New Zealand. *In: Pacific Ways – Government and Politics in the Pacific Islands* (ed.: Levine, Stephen). Wellington: Victoria University Press.
- MacLellan, Nic (2009):** New Caledonia. *In: Pacific Ways – Government and Politics in the Pacific Islands* (Hrsg.: Levine, Stephen). Wellington: Victoria University Press.
- Mara, Ratu Sir Kamisese (1997):** The Pacific Way – A Memoir. Honolulu: University of Hawai'i Press.
- McDougall, Derek (2007):** Asia Pacific in World Politics. Boulder/London: Lynne Rienner Publishers.
- McDougall, Derek (2005):** Australia, New Zealand and Regional Intervention. *In: Securing a Peaceful Pacific* (Hrsg.: Henderson, John / Watson, Greg). Christchurch: Canterbury University Press.
- Mückler, Hermann (2012):** Kolonialismus in Ozeanien. Wien: Facultas Verlag.
- Mückler, Hermann (2008):** Von der Fragmentierung zur Einheit – Der modern Staatsbildungs- und Kolonisierungsprozess am Beispiel Fidschi. *In: Ozeanien – 18. bis 20. Jahrhundert – Geschichte und Gesellschaft* (Hrsg.: Mückler, Hermann / Ortmayr, Norbert / Werber, Harald). Wien: Promedia Verlag & Verein für Geschichte und Sozialkunde.
- Neemia, Uentabo Fakaofu (1986):** Cooperation and Conflict – Costs, Benefits and National Interests in Pacific Regional Cooperation. Suva: Institute of Pacific Studies, University of the South Pacific.
- Neumann, Iver B. / Gstöhl, Sieglinde (2006):** Lilliputians in Gulliver's World? *In: Small States in International Relations* (Hrsg.: Ingebritsen, Christine / Neumann, Iver B. / Gstöhl, Sieglinde / Beyer, Jessica). Washington/Reykjavik: University of Washington Press & University of Iceland Press.
- New Zealand Ministry of Foreign Affairs & Trade (2005):** Cook Islands: Constitutional Status and International Personality. Wellington: http://www.mfai.gov.ck/attachments/068_WELLINGTON-1129712-v1-CookIslands%20%20Constitutional%20Status%20and%20International%20Personality%20%20informationpaper.pdf (Zugriff: 6.3.2012).
- New Zealand Ministry of Foreign Affairs & Trade (1996):** The South Pacific Forum – Regional Cooperation at Work (Information Bulletin, No. 56). Wellington.
- New Zealand Ministry of Foreign Affairs (1975):** French Nuclear Testing in the Pacific – International Court of Justice Nuclear Tests Case, New Zealand v France (Volume II). Wellington.
- Norton, Robert (2009):** Fiji. *In: Pacific Ways – Government and Politics in the Pacific Islands* (Hrsg.: Levine, Stephen). Wellington: Victoria University Press.
- NZ Herald (2011):** Barroso visit in doubt (18.8.2011). Wellington: http://www.nzherald.co.nz/rugbyworld-cup-2011/news/article.cfm?c_id=522&objectid=10745794 (Zugriff: 7.3.2012).
- Pacific Islands Forum Secretariat (2009):** Forum Leaders Special Retreat Communiqué on Fiji (Port Moresby, Papua New Guinea, 27 January 2009). Suva: <http://www.forumsec.org/pages.cfm/newsroom/press-statements/2009/forum-leaders-specialretreat-communicue-on-fiji.html> (Zugriff: 6.3.2012).
- Pazifik Aktuell (2011a):** Ausgabe Februar 2011. Neuendettelsau: Pazifik-Informationsstelle: http://www2.pazifik-infostelle.org/uploads/pa85_korr.pdf (Zugriff: 9.3.2012).

Pazifik Aktuell (2011b): Ausgabe November 2011. Neuendettelsau: Pazifik-Informationsstelle: <http://www2.pazifik-infostelle.org/uploads/pa88.pdf> (Zugriff: 10.3.2012).

Quanchi, Max (2009): Nauru. *In: Pacific Ways – Government and Politics in the Pacific Islands* (Hrsg.: Levine, Stephen). Wellington: Victoria University Press.

Radio New Zealand International (2011): Asian group of nations at UN changes its name to Asia- Pacific group (31 August 2011). Wellington: <http://www.rnzi.com/pages/news.php?op=read&id=62791> (Zugriff: 10.3.2012).

Ridolfi, Roberto (2008): The EU as Integration Model: How relevant is the European experience? *In: Models of Regional Governance for the Pacific – Sovereignty and the future architecture of regionalism* (Hrsg.: Graham, Kennedy). Christchurch: Canterbury University Press.

Rieß, Victoria (2010): Französisch-Polynesien und Neukaledonien auf dem Weg der "Dekolonisation" (Dossier Nr. 93). Neuendettelsau: Pazifik-Informationsstelle.

Sage, Yves-Louis (2008): Self-determination: 'Shared sovereignty': A comparative analysis. *In: Models of Regional Governance for the Pacific – Sovereignty and the future architecture of regionalism* (Hrsg.: Graham, Kennedy). Christchurch: Canterbury University Press.

Shibuya, Eric (2004): The Problems and Potential of the Pacific Islands Forum. *In: The Asia-Pacific: A Region in Transition* (Hrsg.: Rolfe, Jim). Honolulu: Asia-Pacific Center for Security Studies.

Statistisches Bundesamt (1996): Länderbericht: Pazifische AKP-Staaten. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt und Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften in Zusammenarbeit mit dem IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, Metzler-Poeschel Verlag.

Tarte, Sandra (1998): Japan's Aid Diplomacy in the Pacific Islands. Canberra/Suva: Australian National University & University of the South Pacific.

Tarte, Sandra (1985): Fiji's Role in the South Pacific Forum, 1971 – 1984. Melbourne: Department of Political Science, University of Melbourne.

UN News Center (2011a): UN chief and Kiribati leader warn over climate change threat to Pacific islands. New York: <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=39449&Cr=climate+change&Cr1> (Zugriff: 7.3.2012).

UN News Center (2011b): Ban and Pacific leaders urge reduction of greenhouse gas emissions. New York: <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=39469&Cr=Pacific&Cr1> (Zugriff: 7.3.2012).

Vereinte Nationen (2000): Handbook on the Delimitation of Maritime Boundaries. New York: Division for Ocean Affairs and the Law of the Sea.

Waibel, Michael / Wolf, Marcus (2010): Fidschi-Inseln. *In: Die Außenpolitik der Staaten Ozeaniens. Ein Handbuch: Von Australien bis Neuseeland, von Samoa bis Vanuatu* (Hrsg.: Gieler, Wolfgang / Dittmann, Andreas / Kowasch, Matthias). Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.

Wolfsberger, Margit (2010): Pitcairn. *In: Die Außenpolitik der Staaten Ozeaniens. Ein Handbuch: Von Australien bis Neuseeland, von Samoa bis Vanuatu* (Hrsg.: Gieler, Wolfgang / Dittmann, Andreas / Kowasch, Matthias). Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.